



An den/die Vorsitzende(n)
des Integrationsrates

An die Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnsdpd.de

web www.koelnsdpd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 07.01.2021

AN/0024/2021

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Integrationsrat	12.01.2021
Ausschuss Soziales und Senioren	14.01.2021

Umsetzung des kommunalen Integrationsmanagements

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte(r) Frau/Herr Vorsitzende(r),

die Antragsteller bitten Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung des Integrationsrates am 12.01.2021 zu setzen:

Die Landesregierung hat Anfang Dezember 2020 bekannt gegeben, dass sie insgesamt 192 kommunale Koordinierungsstellen und bis zu 54 Verwaltungsassistentenstellen zum Thema Integrationsmanagement finanzieren möchte. Damit möchte die Regierung die Zusammenarbeit mit den Kommunen in diesem Bereich vertiefen. Die kommunalen Koordinierungsstellen sollen insbesondere in der Vernetzung verschiedener Ämter und Akteure tätig sein.

Begleitet werden die Maßnahmen durch verbindliche Standards. An vielen Stellen hatten die Erfahrungen seit 2015 gezeigt, dass die Vielfalt an Zuständigkeiten, unterschiedliche Aufenthaltstitel und weitere Faktoren die Übersicht über sinnvolle Maßnahmen in den Einzelfällen erschwerten. Der Umfang der jetzt neu eingeführten Stellenfinanzierungen beträgt 20 Millionen Euro. Anträge auf Förderung sind beim Kompetenzzentrum für Integration des Landes zu stellen. Kreisfreie Städte können dabei bis zu drei, Kreise bis zu vier Stellen gefördert bekommen. Die Maßnahme ist Teil eines umfassenden kommunalen Integrationsmanagements der Landesregierung. Bereits seit vergangenem Frühjahr wurden Personalstellen in Ausländer- und Einwanderungsbehörden finanziert. Seit Sommer 2020 ließ sich eine Pauschale für Personalstellen im Bereich des individuellen Case-Managements beziehen.

Die SPD-Fraktion findet es wichtig, dass bei der Verteilung der Stellen die Situation in den Stadtbezirken berücksichtigt wird. Zudem könnten die Interkulturellen Zentren kompetente Träger sein.

Wir fragen daher die Verwaltung:

- 1.) Hat sich die Stadt Köln um die Finanzierung von Stellen im Rahmen der Förderung des kommunalen Integrationsmanagements der Landesregierung beworben? (Bitte mit Begründung.)
- 2.) Wenn Frage 1.) mit ja beantwortet wurde: Wo werden welche Stellen eingeplant, und ab wann sind sie besetzt?
- 3.) Nach welchen Kriterien hat die Stadt entschieden, wo die Stellen angesiedelt werden?
- 4.) Wird oder wurde bei der Vergabe auf eine bedarfsgerechte stadtbezirkliche Verteilung geachtet? (Bitte mit Begründung.)
- 5.) Wurden die Interkulturellen Zentren berücksichtigt? (Bitte mit Begründung.)

Mit freundlichen Grüßen

gez. Mike Homann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer